

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Zugpreis vierteljährlich 5 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: Paul Haase
Schriftleitung und Verlagsredaktion: Stuttgart, Altestraße 16 b II.
Fernsprecher: Nr. 8800. — Postfachkonto Stuttgart 6803.

Ausgabengebühr
für die sechsgespaltene Kolonelle 5 Mark.
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

Die ungünstige Wirtschaftslage Deutschlands

Die glorreiche deutsche Wirtschaftspolitik, welche nunmehr ein Jahr lang betrieben wurde, erlebt jetzt ihren Triumph, allerdings in ganz anderen Formen, als die Senker des Staates, soweit man von solchen sprechen kann, es erhofft hatten. Die Valuta steigt, mit ungeheurem Wortschwall wurde es verkündet. Der Kapp-Putsch brachte einen Rückschlag, welcher sofort wieder wettgemacht wurde. Kaum ist dieses erfreuliche Ergebnis zu verzeichnen, so machen sich für Industrie und Handel Symptome bemerkbar, welche in ihrer Auswirkung wiederum die Arbeiterschaft belasten werden.

Nach dem ersten Steigen des Marktwertes zeigte sich im Handel eine Stodung, die auch bis heutigen Tages angehalten hat. Wenn den Angaben der führenden Handelszeitungen Glauben zu schenken ist, so haben die Vermittler der Waren nach dem Ausland in den letzten vier Wochen nicht soviel verdient, um die Invalidenmärkte für ihre Angehörigen bezahlen zu können. Auch in anderen Beziehungen macht sich die schlechte Konjunktur bemerkbar, die Erscheinung, welche der Industriearbeiterschaft sehr wohl bekannt ist, da sie immer bei schlechtem Geschäftsgang darunter zu leiden hatte, und zwar die Schilfen und Rügen über schlechte Arbeit. Alles Anzeichen, welche eine verminderte Kaufkraft verraten. Es ist jetzt das eingetreten, was Kardentende schon längst vorausgesehen haben. Holland z. B. ist angefüllt mit Waren, Deutschland führt dahin aus, was nur irgendwie von den Händlern aufgetrieben werden konnte. Die hohen Wertaufschlagungen spornten die Spekulanten zu einer Waghalsigkeit an, welche in der Geschichte des Handels ohnegleichen dastehen dürfte. Auf der andern Seite wurde nach diesen neutralen Staaten herangeschleppt, was nur möglich war, in der Hoffnung, in Deutschland Abnehmer für ihre Waren zu finden. Die Verarmung und Mittellosigkeit Deutschlands verhinderte, die sonst so nötigen Waren anzukaufen. Nun sind die Warenlager vollgestopft, ohne daß ein Abfluß erfolgen kann, und so erklärt sich ohne weiteres die Flaute im Handel. Der so oft gepriesene Verkauf nach Waren hat ganz ansehnliche Warenanflammlungen ermdglicht. Besonders trifft dies auf bestimmte Fabrikate der Metallindustrie zu.

Als die Mark im Falle begriffen war, setzte ein wilder, planloser Handel nach dem Ausland ein. Produkte, die im Inland dringend benötigt wurden, wurden von Schiebern über die Grenze befördert. Das Ausland nahm diese Gelegenheit wahr, so billig kam es ja niemals wieder zu Waren. Zu diesem kamen noch die Schiebern, welche stattdessen, um Teile der Vermögen der bestehenden Klasse in Sicherheit zu bringen. Latentlos wurde diesem regelrechten Ausverkauf Deutschlands zugesehen. Die Folge war, daß die Warenknappheit immer größer wurde und demzufolge die Preise ins Ungeheure stiegen. Um diesem Ausverkauf Einhalt zu gebieten, stimmte die Regierung dem Plan des Demokraten Gothein zu, welcher dahin ging, die Preise der Weltmarktpreise anzupassen. Scheinbar glaubte die Regierung hierdurch dem ungesunden Verhältnis ein Ende zu machen, während sie nur ermöglichte, daß die Kapitalisten auch auf die im Inland konsumierten Artikel der gleichen Profite schlagen konnten, die ihnen der niedere Stand der Valuta auf die nach dem Ausland gelieferten Waren brachte. Die durch diese Preistreiberien einsetzende rasende Teuerung brachte der Arbeiterschaft schwere Kämpfe, um ihre Löhne nur einigermaßen mit den Verhältnissen in Einklang zu bringen. Doch hat sie in diesem ungleichen Ringen den Kürzeren gezogen, ihre ökonomische Lage hat sich in steigendem Maße verschlechtert.

Neue Gefahren drohen. Der Handel nach dem Ausland stockt. Sachverständige befürchten, daß bei einem Steigen der Mark sich dieser Zustand noch verschlimmert. Der Mangel der Waren im Inland ist auf den Nullpunkt gesunken trotz des Mangels an Waren. Diese Erscheinung erklärt sich aus den ungeheuer gestiegenen Materialpreisen. Ferner macht sich ein Mangel an Betriebskapital bemerkbar, da das Geld im wahren Sinne des Wortes teuer geworden ist. Millionen haben in Deutschland keine Wohnung, gebaut wird nicht, da sich niemand findet, der unter den bestehenden Verhältnissen Geld dazu hergibt. Reparaturen werden nur dann ausgeführt, wenn sie absolut nicht mehr zu vermeiden sind. Die Folge ist, daß es in den Werken an Arbeitskräften mangelt, auf Vorrat arbeiten läßt der Unternehmer nicht, unter Umständen kann er es nicht wegen Mangel der dazu nötigen Kapitalien. So steuert die Metallindustrie geradezu auf die kapitalistische Krise zu.

Die Teuerung hat aber noch längst nicht ihren Höhepunkt erreicht. Die Rohprodukte, welche noch mit dem niedersten Stand der Mark bezahlt sind, werden gegenwärtig noch verarbeitet und erscheinen erst später mit dem höchsten Preis im Handel. Auf einen Preisabbau ist nicht zu hoffen. Der Grundsatz: „Angebot und Nachfrage regeln den Preis“ hat unter den heutigen Verhältnissen keine Gültigkeit mehr, denn der Unternehmer vermindert beim Aufstehen der Weltkrisen die Produktion. Er schränkt den Betrieb ein, läßt verkürzt arbeiten oder entläßt Arbeiter. Soll dies verhindert werden, so muß die Regierung ganz anders in die Rechte der Unternehmer eingreifen, als sie es bisher getan hat.

So rächen sich auch auf diesem Gebiet die Halbheiten der sozialistisch-demokratischen Regierung. Wie bei anderen Anlässen, wo die Kopierung der alten Nachhader zum Zusammenbruch führte, so auch hier. Das Schicksal des deutschen Arbeiters ist in die Hände jener Streife gelegt, welche bewußt und systematisch auf die heutigen Zustände hingearbeitet haben, denn in dem entstehenden Chaos glauben sie, ihre Herrschaft wieder errichten zu können. Dies wird ihnen gelingen, wenn nicht unverzüglich eine scharfe Kontrolle der Behörden in Verbindung mit der organisierten Hand- und Kopfarbeitererschaft erfolgt. Wird über diese Anfangserscheinungen wieder mit einer eleganten Geste hinweggegangen, so erleben wir tatsächlich eine Überproduktion in der Zeit des größten Warenbedürfnisses dadurch, daß die Güter, die erzeugt werden, nicht konsumiert werden können, weil ihr Preis für den Verbraucher unerschwinglich ist. Bei dieser jetzt einsetzenden rückwärtigen Bewegung tritt klar in die Erscheinung, daß die volkswirtschaftlichen Interessen der privatwirtschaftlichen zuwiderlaufen. Dies ist die Gefahr, der Kapitalist wird alles daransetzen, die rückwärtige Bewegung aufzuhalten und die Preise seiner Produkte eher noch zu erhöhen trachten, und sei es dadurch, daß er versucht, die Warenknappheit zu erhalten. Er erreicht es, wenn er unter dem Vorzeichen des Luftmangels die Produktion einschränkt. Hier gilt es, die Augen offenzuhalten. Erfolgen keine durchgreifenden Maßnahmen, so werden die Lagen des deutschen Volkes noch ins Unerträgliche gesteigert.

Blutige Lehren

Die „demokratische“ Regierung schuf zum Schutze der bürgerlichen Republik ein Soldnerheer, mit dem die vorkämpfende Arbeiterschaft wiederholt niedergeschlagen wurde. Am 13. März wurde diese Regierung von ihren eigenen Truppen abgesetzt.

In höchster Not rief die demokratische Regierung die jahrelang von ihr mißhandelte Arbeiterschaft zum Schutze gegen die militärisch-monarchische Reaktion auf. Die Arbeiterschaft stand auf wie ein Mann und legte die Arbeit nieder. Unter der Führung des Generalsekretärs brach der militärisch-monarchische Putsch der Kapp-Lüttwitz zusammen.

Der Gewerkschaftsbund, die U. F. A. und die sozialistischen Parteien übernahmen die Führung der kämpfenden Arbeiterschaft. Sie unterbreiteten der alten Regierung Forderungen, die von dieser angenommen und deren Durchführung feierlichst versprochen wurde. Siegestrunken verkündeten am 22. März die Vorstände des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes, der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände, der Berliner Gewerkschaftskommission, der U. F. A. und der U. S. P. D. nachfolgenden Beschluß:

- Nachdem die Vertreter der Regierungsparteien sich verpflichtet haben, für die Durchführung der acht gewerkschaftlichen Forderungen, die das Ergebnis des Generalkreises zusammenschaffen, in ihren Fraktionen einzutreten und die sozialdemokratische Reichstagsfraktion sich geschlossen hinter diese Forderungen gestellt, der Vorstand der U. S. P. D. als Mindestforderungen anerkannt hat, nachdem weiter die Reichsregierung die bindende Erklärung abgegeben hat,
1. daß die Truppen in Berlin bis auf die Spreelinie zurückgezogen werden,
 2. der verschärfte Belagerungszustand sofort aufgehoben wird,
 3. daß die bewaffneten Arbeiter, insbesondere im Ruhrrevier, nicht angegriffen werden sollen,
 4. mit den gewerkschaftlichen Verbänden über die Einreichung der Arbeiter in die Sicherheitswehren in Preußen verhandelt werden soll, —
- daß sie auf Grund der Anerkennung dieses gewerkschaftlichen Programms und der besonderen Zugeständnisse der Regierung den Arbeitern, Angestellten und Beamten im ganzen Reich, insbesondere in Berlin und Umgebung, empfehlen, den Generalkreis mit Beginn des 23. März zu beenden und die Arbeit allenthalben wieder aufzunehmen.

Die unterzeichneten Gewerkschaften und Parteien verpflichten sich, falls die Forderungen der Gewerkschaften nicht erfüllt und die Zusagen der Regierung gebrochen werden, von neuem zusammenzutreten und über die erneute Aufnahme des Generalkreises zu entscheiden.

Was geschah weiter?

Ein monarchisch gesinnter General übernimmt den militärischen Oberbefehl, die Wallmühorden behalten ihre Waffen, neue Waffen, besonders Kanonen, Minenwerfer, Panzerautos und Panzerzüge werden ihnen ausgeliefert. Diese Herren stellen sich der Regierung zur Verfügung zum Niederschlagen des „Volksemissars“. Das reaktionäre Bürgertum, besonders in Süddeutschland, wird zur Bewaffnung aufgerufen. Scharnweise folgt es dem Rufe.

Der weiße Schrecken wütet in Berlin und in Mitteldeutschland. Die gegen die militärisch-monarchische Reaktion kämpfende Arbeiterschaft wird von der zum Schutze gegen den Volksemissarius aufgerufenen Wallmühorden und dem bewaffneten Bürgertum zu Hunderten abgeschlachtet. Im Westen Deutschlands konzentriert sich die ganze militärische Macht, bereit, die „Ordnung“ wiederherzustellen.

Die Gewerkschaftsvorstände und die „Vorläufer“ der sozialistischen Parteien erkennen die drohende Gefahr, verhandeln mit der Regierung, damit nicht auch im Westen die zum Schutze der demokratischen Regierung aufgerufenen und für diese feierlich kämpfende Arbeiterschaft niedergeschlagen wird. Die Regierung gibt erneut feierliche Versprechen ab. Das Viesfelder Abkommen wird geschlossen. Die Truppen sollen nicht gegen das Ruhrrevier marschieren.

Eine verlogene Heße geht durch die gesamte bürgerliche Presse Deutschlands. Grenzlätern der roten Armee werden berichtet. Die Regierung wird mit Hilserufen überschüttet. Die öffentliche Meinung wird durch Lügen und Verleumdungen irreführt. Der Boden ist gut vorbereitet für den weißen Schrecken im Ruhrgebiet. Die aus reaktionären Elementen zusammengesetzte und von reaktionär gesinnten Offizieren geführte Truppe marschiert. Sie die Arbeiterschaft im übrigen Deutschland über den wahren Stand der Dinge unterrichtet ist, ist auch das kämpfende Proletariat Rheinland-Westfalens niedergeschlagen. Zu Hunderten wird die Arbeiterschaft von einer wildgewordenen reaktionären Soldateska hingerodet. Die Entente, über die Zustände im Ruhrgebiet genau informiert, erkennt den Wahnsinn der militärischen Maßnahmen und befiehlt weitere Gebiete Deutschlands.

Von neuem treten die Vorstände der Gewerkschaften und der sozialistischen Parteien zusammen und verlangen mit größtem Nachdruck die Erfüllung folgender Maßnahmen:

1. Rückzug der Reichswehr aus der neutralen Zone. Die Aufrechterhaltung der Ordnung obliegt den nach dem Viesfelder Abkommen zu bildenden Ortswehren.
2. Kein Einmarsch der Reichswehr südlich der Ruhr.
3. In dem von der Reichswehr außerhalb der neutralen Zone besetzten Gebiet sind die Ortswehren sofort zu bilden, worauf der Rückzug der Reichswehr erfolgt.
4. Die Vorgänge in Wilhelmshaven, Altona usw. verlangen sofortige Schritte. Die verfassungstreuen Unteroffiziere und Mannschaften sind zu schützen, die abgesetzten ungewerkschaftlichen Offiziere sind nicht wieder zu verwenden, sondern der Bestrafung zuzuführen. Das Kabinett wird vom Reichswehrminister sachliche und persönliche Garantien gegen die Weiterverwendung ungewerkschaftlicher Führer fordern. Die Lieferung von Munition an konträrevolutionäre Formationen (Brigade Ehrhardt usw.) ist sofort einzustellen.
5. Auf die preussische Regierung wird eingewirkt, damit die Reorganisation der Sicherheitswehren durch Einstellung organisierter Arbeitnehmer schnellstens zur Durchführung gelangt.

Die Arbeitnehmerorganisationen sehen in der schleunigen Durchführung dieser Maßnahmen eine unbedingte Voraussetzung, um der starken Erregung in der Arbeiterschaft entgegenwirken zu können.

Die Organisationen unterbreiten ihre Stellungnahme sofort der Reichsregierung und behalten sich weitere Schritte nach Entgegennahme der Regierungserklärung vor.

Die neue „demokratische“ Regierung ist wiederum ein Spielball in den Händen des reaktionären bewaffneten Bürgertums. Sie bedt die Greuelthaten der wildgewordenen Soldateska. Sie muß sie beden, um ihre Schwäche zu verbergen. Bald wird die Stunde kommen, wo abermals die bewaffnete Reaktion sich richtet gegen die demokratische Regierung und gegen die bürgerliche Republik. Bald wird es sich abermals zeigen, wie leicht demokratische Regierungen und Volkvertretungen verjagt werden können.

Wir stehen mitten in der proletarischen Revolution. Ihr Ziel ist nicht die Schaffung einer demokratischen Republik, sondern die Durchrichtung der Herrschaft des Proletariats. Das zu erkennen und auszusprechen, ist jetzt die Pflicht des Proletariats. Die Entwicklung zeigt die Konzentration aller reaktionären Kräfte zum Niederschlagen der Arbeiterschaft. Die demokratische Republik ist die Brutstätte der kapitalistisch-militärisch-monarchischen Reaktion. Die Kräfte des Proletariats müssen sich gleichfalls konzentrieren. Die Erkenntnis muß Platz greifen, daß der Kampf des Proletariats sich richten muß sowohl gegen die Reaktion als auch gegen die demokratisch-bürgerliche Republik. Als am 13. März das deutsche Proletariat zur Abwehr des Militärputsches aufstand, erkannten große Teile des deutschen Volkes und die meisten Führer der Proletariats diese Notwendigkeit noch nicht. Die Ereignisse nach dem 13. März werden hoffentlich dem Teil des deutschen Proletariats, der noch im Wanne einer überlebten scheinsozialistischen Ideologie stand, wie auch einem Teil seiner Führer die politische Weisheit gebracht haben.

Berlin, den 7. April 1920.

Die Bekämpfung der Tuberkulose

Die Menschheit bricht unter den Folgen und Lasten des Krieges zusammen. Unermesslich waren die Blutopfer, die er forderte, groß die Zahl der Kriegskruppen, Witwen und Waisen. Ebenso schrecklich ist die Verheerung, die jetzt die Tuberkulose als eine direkte Folge des Krieges unter der arbeitenden Bevölkerung anrichtet. Deutschland und Österreich stehen hier an erster Stelle, da zu den sonstigen Schrecken des Krieges noch die Hungerplöcke kam, welche darin in den unteren Schichten des Volkes den Boden schuf, auf dem die weiße Pest so üppig gedeihen konnte.

Vor dem Kriege war es gelungen, die Sterblichkeit der Tuberkulose auf 13 Sterbefälle von 10 000 Lebenden zurückzubringen. Der Wissenschaft, der rastlosen, aufopfernden Tätigkeit namhafter Ärzte sowie der unermüdbaren Mitarbeit der Arbeiterschaft selbst durch ihre Anregungen, Forderungen und Kritiken in den Krankenkassen, Parlamenten usw. waren diese verheißungsvollen Anfangserfolge vergönnt. Hoffnungsfroh blickte die Menschheit in die Zukunft. Wenn diese Erfolge damals nicht vergrößert werden konnten, lag es nur an dem Mangel an Mitteln. Die Kranken mußten, um gefunden zu können, drei bis vier Monate in waldreichen Gegenden bei einer gewissen Abrennung unter strenger Aufsicht sich der Kur unterwerfen. Alle Not und Aufregung war fernzuhalten, da sie geeignet war, das Resultat der Kur in Frage zu stellen. War das Leben noch nicht zu weit vorgeschritten, so waren diese Kuren fast immer erfolgreich und in den meisten Fällen fand eine dauernde, vollständige Heilung statt. Jedes Opfer, das dem Würgengel Tuberkulose entzissen wurde, war ein Triumph der Menschheit. Es ist erklärlich, daß diese Kuren und Einrichtungen Geld kosteten und an dieser Frage scheiterte auch die weitere Ausnutzung der Erfahrungen in der Tuberkulosebekämpfung. Der alte Staat, der Milliarden für seine Wüstungen, für den organisierten Menschenmord jedes Jahr bereitstellte, war in der Fergabe der Mittel für derartige Aufgaben der Menschheit sehr engherzig. Die Aufbringung der Mittel wurde zum Teil der Wohltätigkeit und Bettelei überlassen. Wer erinnert sich nicht der Margueriten- und Kornblumentage, ja man scheute sich nicht, selbst die Dungenleidenden an diesen Tagen mit Blumen auf die Straße betteln zu lassen. Nachdem dann die üblichen Ehrenessen absolviert und sich verschiedene in dem Ergebnis der Schnorrerei die Hände gewaschen hatten, wanderte der Rest seiner weltlichen Bestimmung erst zu. Empört wandte sich die Arbeiterschaft von diesem Treiben ab. Ihre Forderungen gingen dahin, daß der Staat die erforderlichen Mittel aufzubringen habe.

Die Sterblichkeit an Tuberkulose ist im verflochtenen Jahre auf 23 Sterbefälle von 10 000 Lebenden gestiegen, somit sind wir wieder auf den Stand der Statistik von vor 25 Jahren zurückgekommen. Hier ist zu beachten, daß der Krieg schon gewaltig unter den kranken Männern aufgeräumt hatte, so daß eigentlich die Sterblichkeit in den nachfolgenden Jahren in einer Verminderung in die Erscheinung treten mußte. Schon vom Jahre 1917 an wurden tuberkulöse veranlagte Männer kriegsverwendungsfähig geschrieben und an die Front geschickt. Bei munter sehr harmlosen Verbundungen stellten sich dann bei den zur Tuberkulose Neigenden, denen unter normalen Verhältnissen eine lange Lebensdauer noch beschieden sein konnte, Komplikationen ein, welche zum sicheren Tod führten. Besonders bei Verbundungen war dies der Fall. Was auf diese Art nicht zugrunde ging, erlag dann den Strapazen und der Unterkernährung. Die ungenügende Unterstützung der Kriegerfrauen ließ von allem Anfang an eine genügende Ernährung nicht zu, so daß der Würgengel in den Familien in erhöhtem Maße seinen Einzug halten konnte.

Es war die Pflicht des neuen Staates, sofort einzugreifen und das begonnene Werk der Tuberkulosebekämpfung fortzusetzen und zu einem erfolgreichen Ende zu bringen. Doch müssen wir gestehen, daß bis heutigen Tages sehr wenig geschehen ist, und so muß die Arbeiterschaft erneut ihre Forderungen erheben und mit allem Nachdruck betreiben.

In erster Linie müssen die Lungenheilstätten in Betrieb erhalten werden, dies gilt besonders für die Belieferung mit Kohle. Es ist vorgekommen, daß Heilstätten wie Beckitz, Kobbach geschlossen oder die Belieferung mit Kohle vermindert werden mußte, da nicht genügend Kohle geliefert wurde. Die Lungenheilstätten müssen vermehrt werden. Hierzu würden sich die in den besten und gesündesten Gegenden Deutschlands liegenden Lustschlößer ehemaliger Gutsbesitzer besonders gut eignen. Es würde eine für die Menschheit nützliche Verbundung stattfinden und gerechter sein, als sie Kriegsgewinnlern, Schiebern und Goulaßbaronen für ihre Lumpigen, ergaunerten Silberlinge zu überlassen. Die Belieferung der Heilstätten mit Lebensmitteln muß allen übrigen vorangestellt werden, dies ist die erste Bedingung, um überhaupt eine Heilung der Kranken zu erzielen. Die Leistungen der Krankenkassen müssen sofort der Entwertung der Geldes angepaßt werden; hierzu ist erforderlich, daß der Staat in seinen Säckel greift, um Zuschüsse gewähren zu können. Auch müssen die Wahlen für die Klassenvertreter sobald als möglich vorgenommen werden, um neues Blut und Leben in die Verwaltungen zu bringen. Wird hier nicht,

Wandel geschaffen, so ist die Bekämpfung der Tuberkulose ausichtslos. Die wirtschaftlichen Sorgen lassen den Kranken nicht zur Ruhe und Genesung kommen. Sie verhindern oftmals, sich überhaupt einer Kur zu unterziehen, der Kranke schleppt sich so lange, bis das Stadium der Unheilbarkeit erreicht ist und er eine Gefahr der Ansteckung für seine Familie und seine Mitarbeiter wird.

Eine Änderung muß das Vorgehen bei der Bekämpfung auch dadurch erfahren, daß die Kranken, nachdem sie eine Kur mit Erfolg beendet haben, in andere Tätigkeiten überführt werden. Auch hierzu muß der Staat in Betracht der Verhältnisse bedeutende Mittel zur Verfügung stellen. Es muß die Berufsberatung zur Tat werden. Was nicht es, wenn ein Metallarbeiter sich in seinem ungeliebten Beruf ein Leiden zugezogen hat, die Kur dann mit Erfolg beendet ist und er an seine alte Arbeitsstelle zurückkehrt. In kurzer Zeit macht sich dann das alte Leiden wieder bemerkbar, der Mißfall tritt ein und alle aufgewendete Mühe und Mittel sind nutzlos gewesen.

Das Reichsversicherungsamt hat ein Rundschreiben herausgegeben, worin auf diesen Mißstand aufmerksam gemacht wird. Danach war die bisherige Art, den Kranken nach der Zeit der Erholung direkt der Arbeit wieder früher zuzuführen, von großem Schaden für die Gesundheit des Arbeiters. Darum soll in Zukunft in den Vorkursen nach genügender Besserung der Kranken auf eine unter ständiger ärztlicher Überwachung stehende, vorzüglich beginnende und allmählich gesteigerte Arbeitsbehandlung Bedacht genommen werden, durch die der Gefahr einer unermittelten Aufnahme der Berufstätigkeit begegnet und der Kranke gegebenenfalls angeregt wird, sich einem gesundheitlich einwandfreien Berufe zuzuwenden. In Verbindung mit den örtlich zuständigen Arbeitsnachweismitteln sollen den Kranken der Eintritt in solche Berufe erleichtert werden. Diese Anregung muß die Arbeiterkassen beachten. Ihre Vertreter müssen dahin wirken, daß derartige Richtlinien so schnell wie möglich in die Tat umgesetzt werden.

Auf dem Gebiet der Tuberkulosebekämpfung liegt noch sehr vieles im argen, was dringender der Abhilfe bedarf. Die Zeit ist ernst und drängt, möge es den vereinten Kräften bald gelingen, die Bekämpfung der Geißel der Menschheit zu einem erfreulichen Ende zu bringen. Wohl liegen die wirtschaftlichen Bedingungen hierzulande in Deutschland sehr ungünstig, aber es muß gelingen trotz alledem.

Das Existenzminimum im März 1920

Die Hoffnung, daß nach der starken Preissteigerung im Januar und Februar ein Stillstand eintreten würde, hat sich nicht erfüllt. Brot, Kartoffeln, Fleisch, Kohlen, Kleidung, Schuhwerk usw. sind abermals teurer geworden. In Groß-Berlin z. B. kostete im März Brot 5/2mal soviel wie vor dem Kriege, Zucker 6mal soviel, Gas 8mal soviel, Milch 5mal soviel, Weizen 11mal soviel, Kartoffeln, Butter und Margarine 12mal soviel, Schmalz 22mal soviel. Bei manchen Waren, die dem freien Handel überlassen sind, ist die Preissteigerung noch größer. Reis war mehr als 50mal so teuer wie vor sechs Jahren (1 Pfund im März 1914 22 S., März 1920 12 M.). Beschränkt man sich auf die rationierten Mengen, so ergibt sich im ganzen eine Verteuerung auf das Zehnfache. In der vier Wochen vom 1. bis 28. März wurden an die Bevölkerung verteilt:

	Preis in Pfennig März 1920	März 1914
8000 g Brot	1096	198
100 Leinwand	24	8
1775 Nähmittel	465	78
200 Milchschokolade	80	8
8000 Kartoffeln	480	40
1000 Fleisch	1613	160
80 Butter	272	22
270 Margarine	513	43
490 Schmalz, Bratfett	1651	79
750 Zucker	210	35
500 Fischmehl	370	30
Zusammen	6774	695

Dieselben rationierten Mengen, für die man jetzt 67,74 M. zahlen muß, konnte man vor sechs Jahren für 6,95 M. kaufen. Diese rationierten Mengen enthalten nun aber im Wochendurchschnitt nur etwa 11 2/3 Kalorien, d. h. ungefähr soviel, wie ein Kind von sechs bis zehn Jahren benötigt. Man wird also bei äußerster Einschränkung das Existenzminimum der Ernährung eines solchen Kindes in Groß-Berlin auf 17 M. ansetzen können. Eine Frau braucht etwa 7 x 2400 = 16 800 Kalorien. Sie müßte zu den rationierten Mengen noch Lebensmittel im Wert von 15 800 - 11 200 = 5600 Kalorien hinzukaufen. Das könnte sie billiger tun, indem sie sich 1 1/2 Pfund Joghurt für 4 M., 9 Pfund Gemüse für 2,70 M., 1 Pfund Wasmelbrot für 4 M. und 1/2 Pfund Erbsen für 2,70 M. verschafft. Ihr wöchentliches Mindestbedürfnis für Nahrungsmittel würde also etwa 31 M. kosten. Ein Mann benötigt wöchentlich etwa 7 x 3600 = 25 200 Kalorien. Die 2000 Kalorien, die er mehr braucht als eine Frau, könnte er sich zuführen in Form von noch 1/2 Pfund Erbsen für 2,70 M., 1/2 Pfund Margarine für 11,25 M., 1/2 Pfund Reis für 6 M., 1 Pfund Sahne für 5,25 M., 1 Pfund Äpfel für 2,50 M. Sein wöchentliches Mindestbedürfnis für Nahrungsmittel würde also etwa 59 M. kosten. Eine Familie von Mann, Frau und zwei Kindern von sechs bis zehn Jahren würde mit 124 M. wöchentlich für Nahrung auskommen.

Könnte man für den Mindestbedarf an Wohnung den Preis von Stube und Küche, für Heizung 1 Zentner Kohle und für Beleuchtung 6 Kubikmeter Gas (was alles für den Alleinlebenden reichlich ist, aber durch seine nicht berücksichtigten Nebenausgaben im Mietshaus aufgezogen wird), so ergeben sich als Wochenbedarf für Wohnung 8 M., für Heizung 13,50 M., für Beleuchtung 6 M.

Das Sozialisierungsproblem in Deutschland

(Fortsetzung.)

Die Frage der Entschädigung.

Nationalisierung oder Konfiskation des Kapitals, dieses Problem ist in England wenig erörtert und in der Praxis verhältnismäßig gelöst worden. In der deutschen Literatur wird von juristischen Autoren, die für die Sozialisierung eintreten, die Konfiskation abgelehnt, und man darf wohl sagen, in dieser Beziehung mit Recht. Die richtige Praxis ist hier nicht ermittelbar und daher hat wohl recht, wenn er meint, daß die Konfiskation des kapitalistischen Eigentums zu einer gewaltigen Vermehrung der Produktionsmittel führen würde. Das muß um so mehr zutreffen, als die Nationalisierung der Industrie doch nicht mit einem Schlag vor sich gehen könnte, daß aber bei der Anwendung der Konfiskation die gesamten Kräfte, noch nicht nationalisierter Industrie, eingesetzt werden. Es ist doch nicht anzunehmen, daß die Unternehmer, wenn ihnen die Konfiskation droht, ihr Kapital in die Betriebe noch stecken werden, vielmehr werden sie es verkaufen, aus den Betrieben herausziehen. Ist die Sozialisierung der Produktion zu beschließen, so wird sie durch die Konfiskation gerade angehalten. Es ist deshalb richtiger, den Weg zu gehen, den Rußland, Amerika und die anderen vorgelagerten, nämlich die Nationalisierung gegen Entschädigung, wobei selbstverständlich die Entschädigungsumme durch Steuern auf das Vermögen und große Einkommen angesetzt werden muß.

Die Festsetzung der Entschädigungsumme auf dem Wege der Festsetzung des Vermögens hat allerdings insofern eine Schwäche, daß sie die noch nicht nationalisierten Betriebe gegenüber den Betrieben der nationalisierten Betriebe belastet und folglich die Sozialisierung dieser Betriebe erschweren würde. Allein durch eine Entschädigung in der Höhe der Wertung des Arbeits-, Profits- und Wertschöpfungsbeitrags läßt sich zum Teil diese Last der noch arbeitenden privaten Betrieben lindern und zum großen Teil auf das Vermögen der Eigentümer übertragen. Es ist es aber, daß nur auf diesem Wege die Entschädigung der Eigentümer in gebührender und gerechter Weise vollzogen werden kann, ohne allen Übermaß zu werden.

Für Bekleidung, d. h. für Beschaffung und Instandhaltung von Schuhwerk, Kleiden und Wäsche, sind mindestens anzusetzen: Mann 45 M., Frau 30 M., Kind 15 M.

Für alle sonstigen lebensnotwendigen Ausgaben (Wäsche, Reinigung, Fahrgehalt, Steuern usw.) wird man einen Zuschlag von 25 v. H. machen müssen.

Als notwendiges Existenzminimum ergibt sich somit für den März 1920 in Groß-Berlin in Mark:

	Wann	Gehpaar	Gehpaar mit 2 Kindern
Ernährung	59	90	123
Wohnung	8	8	8
Heizung, Beleuchtung	20	20	20
Bekleidung	45	75	105
Sonstiges	33	48	64
Zusammen	165	241	321

Auf dem Arbeitstag umgerechnet beträgt der notwendige Mindestverdienst für einen alleinlebenden Mann 27 M., für ein kinderloses Ehepaar 40 M., für ein Ehepaar mit zwei Kindern von sechs bis zehn Jahren 59 M. Auf das Jahr umgerechnet beträgt das Existenzminimum für den alleinlebenden Mann 8600 M., für das kinderlose Ehepaar 12 600 M., für das Ehepaar mit zwei Kindern 16 700 M.

Vom März 1914 bis zum März 1920 ist das notwendige Existenzminimum in Groß-Berlin gestiegen: für den alleinlebenden Mann von 16,75 auf 165 M., d. h. auf das 9,8fache, für ein kinderloses Ehepaar von 22,50 auf 241 M., d. h. auf das 10,7fache, für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 28,80 auf 321 M., d. h. auf das 11,1fache. An dem Existenzminimum in Groß-Berlin gemessen, ist die Mark jetzt noch 9 bis 10 S. wert.

Dr. R. Kuczynski.

Die Gewerkschaftsdunkelkammer „S.-D.“

In Nr. 9 des „Regulator“ hat sich nun endlich der Gewerkschafts-S.-D. herabgelassen, in Geschäftsführung „vor die Front“ mit uns zu treten. Ich sage ausdrücklich „vor die Front“, denn bis jetzt war die eigentliche Kampfstärke der S.-D. ziemlich hinterhältig. Ich will mich nun etwas näher mit dem Herrn Artikel-Schreiber und seinem Geistesprodukt befassen. Recht vielen Spaß haben mir die freundlichen Zeilen im „Regulator“ gemacht, wenn auch zeitweilig eine Wolke des Unmuts mir die heiße Seele verdunkelte, denn manches enthält die Schreiberlei, was durchaus nicht auf objektive geistige Klarheit schließen läßt. Aber irren ist menschlich, und ich bin gerne bereit, vieles, was eigentlich ungezogen ist und auf welches eine derbe Ohrfeige die beste Entgegnung wäre, als menschlicher Irrtum anzuerkennen. Wir Metallarbeiter leiden durchaus nicht an Größenwahn, denn nichts in der Welt ist vollkommen und so ist auch bei uns noch manches reformbedürftig, aber ihr Herr und Gewerkschafts-S.-D. verschließt euch jeder besseren Einsicht und erlaubt euch Verdrehungen, die man doch etwas näher beleuchten muß. Sie, Herr Artikel-Schreiber, beklagen sich, daß wir trotz eurer Reserviertheit in unseren Hochburgen auch in eurer Hochburg, womit Sie ja zweifellos Neunkirchen meinen, persönlich und sachlich die Mitglieder abzutreiben versuchen. Ihr nennt Neunkirchen eure „Hochburg“? Mein lieber Freund, entweder Sie sagen bemerkt eine Unwahrheit, oder Sie sind gar nicht im Bilde mit der Zusammenfassung der hiesigen Arbeiterkassen in puncto Organisation! Träumt ruhig weiter, jeder Traum findet einmal ein Ende und nicht immer ist das Erwachen löstlich. Jeder Arbeiter geht den Weg, den er gehen muß, wenn er klar sehen gelernt hat, und wenn wir die Wege etwas mehr gangbar machen, wer kann uns das übelnehmen? Oder seid ihr vielleicht so selbstlos, so sagen: „Arbeiter, geht hin, wo ihr hingehört, in den Deutschen Metallarbeiter-Verband!“ Ihre Behauptung, bester Herr, unsere Erfolge seien gleich null, erzeuge in unseren Kreisen verschiedentlich Nachmutbegehrung. Im zweiten Abschnitt Ihres Heberproduktes belieben Sie meine Schreiberlei als Schmier- bzw. Schmuckartikel zu bezeichnen, die von Neunkirchener Größen in der Volkstimme veröffentlicht wurden. Auch diese geistige Entgleisung verzeihe ich Ihnen, denn ich nehme an, daß Sie „knigges Umgang mit Menschen“ noch nicht gelernt haben. Im übrigen befinden Sie sich in einem grausamen Irrtum, wenn Sie glauben, daß der eigentliche Urheber meiner Artikel ein früherer Kollege vom Gewerkschafts-S.-D. ist. Gemeinter Kollege steht meinen Veröffentlichungen vollständig fern. In feigster Verwundlung am 21. Januar d. J. war ich persönlich nicht zugegen und war das Spiegelbild, wie Sie es so lieblich nennen, in Gestalt eines vorgelesenen Briefes eine schamlose Lüge, denn der betreffende Brief war gefälscht.

So ungefähr sieht der freijährliche Kampf des Gewerkschafts-S.-D. aus und von Ihrer Seite wird uns die Ermahnung zuteil, Schritt zu machen mit den Schmierartikeln und persönlichen Angriffen. Oh, ihr Vorkämpfer und Arbeiterverbände, was macht ihr Menschen die Anständigkeit so schwer. Ob das Verständnis eurer Vereinskasse zur Arbeiterausführung so recht von Herzen kommt? Wir geben uns sicherlich keinen zügellosen Hohnungen hin, denn wir sind lieber angenehm als unangenehm enttäuscht. Des weiteren freue ich mich, Ihnen mitteilen zu können, daß ich noch nie beim Gewerkschafts-S.-D. tätig gewesen bin. Der von Ihnen verdächtigte Kollege ist nichtbestehender jedoch bereit, der Öffentlichkeit mit näheren Aufklärungen bezüglich der Ausübungswahl im Sommer 1919 zu dienen.

Mit Ihrer Sammellegende betr. Arbeitlosenunterstützung befaße ich mich nun insofern, als ich hier nochmals auf Unwahrheit berufen. Die Metallarbeiter verlassen nun endgültig das Feld der Presse. Dieses, gar nicht ist jaal beim Gewerkschafts-S.-D. und eines Tages wird das Arbeiter die bessere Erkenntnis dämmern. Die Reaktion lauert den Arbeitern am Wege auf, das zeigen uns die Vorgänge in Berlin, um ihn zum Elender zu machen, und hinter ihr steht als Kampferbe der Gewerkschafts-S.-D. Mag Schweißg.

Die Übernahme der Betriebe in Staatsregie kann sich eben nur allmählich vollziehen nach einem im voraus festgesetzten Plane. Und um sich nicht zu überbürden, muß man von der Konfiskation absehen. Es kommt andererseits die Frage des Kampfes gegen die Unternehmer in Betracht, die durch das ihnen zur Verfügung gestellte Kapital ein Machtmittel gegen den Staat erhalten können. Es ist wohl dieses Motiv, das in England zur Konfiskation des kapitalistischen Eigentums veranlaßt hat. Jannerstein läßt sich auch dieses Machtmittel nicht abgeben, indem der Staat den Unternehmern Kapitalgüter ausstellt und über deren Verwendung sich eine Kontrolle vorbehält. So kann der Staat den Unternehmern wohl Anspruch auf einen Teil der gesellschaftlichen Produkte gewähren, ihnen aber die Verwendung ihres Kapitals gegen die sozialistische Regierung unmöglich machen.

Man könnte noch gegen diese Entschädigung der Unternehmer einwenden, daß man ihnen auf diese Weise ein arbeitsloses Einkommen sichert, was im allgemeinen dem sozialistischen Prinzip widerspricht. Nur wer arbeitet, soll essen. Jedoch bei der Durchführung dieser gewaltigen Umwälzung läßt es sich nicht sofort mit der Realisierung aller Prinzipien anfangen. Das sozialistische Prinzip wird erst als Folge der völligen Sozialisierung und Abschaffung der Klassenverhältnisse verwirklicht werden können. In der Übergangsperiode wird man noch vergebens Kampfrufe zulassen, wie es auch in England der Fall ist. Niemand denkt auch daran, daß die vom Staat den Unternehmern gewährte Rente etwa lebenslanglich oder gar noch vererbbar sei. Es handelt sich selbstverständlich nur um eine Rente auf eine längere oder kürzere Spanne Zeit.

Die Sozialisierungsfrage in der Frage.

Es ist mehr als ein Jahr nach der Revolution und die Verwirklichung der Sozialisierung macht im allgemeinen in Deutschland keine Fortschritte. Es läßt sich vielmehr ein bedeutender Rückschritt seit etwa Mitte 1919 feststellen. Schon Anfang April 1919 hat die im November 1918 gegründete Sozialisationskommission ihre Arbeit niedergelegt. Sie begründete diesen Schritt damit, daß sie dem ersten Tage an mit der ersten oder vierten Oktober des Reichswirtschaftsrates zu kämpfen gehabt hat. Man hat ihr die Rolle eines gänzlich bedeutungslosen Beirats angewiesen, die Arbeitsmöglichkeiten

Urabstimmung über die Beitragserhöhung

Von den 1618175 Mitgliedern, die der Verband nach der letzten Fählung der Arbeitslosen umfaßt, haben sich nur 343185, das sind 21,2 vom Hundert an der Urabstimmung über die Beitragserhöhung beteiligt. In der Hauptsache ist diese geringe Beteiligung an der so wichtigen Frage auf die politischen Wirren der letzten Wochen zurückzuführen. In den Tagen vom 19. bis 22. März, in denen die Urabstimmung stattfand, waren die Gemüter erregt durch den reaktionären Putsch und in verschiedenen Gebieten hatte sich die Arbeiterkassen gegen die ihnen aufgezwungene Gewalttherrschaft mit den Waffen zu wehren. Dadurch konnte in einer Reihe von Orten, besonders in Ostpreußen, in Thüringen, Provinz Sachsen und in Rheinland-Westfalen eine Urabstimmung überhaupt nicht stattfinden oder wo diese stattfand, nur unter schwacher Beteiligung. Die nachstehende kleine Tabelle zeigt das Abstimmungsverhältnis in den einzelnen Bezirken sowohl in bezug auf die Gesamtmitgliederszahl als in Hinsicht auf das Abstimmungsergebnis.

Zusammenstellung nach Bezirken.

Bezirk	Mitgliederzahl	Zahl der Abstimmenden		Für die Beitragserhöhung		Gegen die Beitragserhöhung		Ungültige Stimmen	
		absolut	Proz. d. Mitgl.	absolut	in Proz. d. Abst.	absolut	in Proz. d. Abst.	absolut	in Proz. d. Abst.
1.	50881	9120	17,9	5618	61,6	3474	38,1	28	0,4
2.	86037	13893	16,1	10847	78,1	2984	21,5	62	0,4
3.	43481	10889	25,0	7569	73,3	2888	26,8	42	0,4
4.	208878	55066	26,4	44920	81,6	9774	17,7	872	0,7
5.	182787	47772	26,1	38782	70,7	18804	28,9	186	0,4
6.	101222	16682	16,4	9515	57,1	7081	42,2	116	0,7
7.	851901	55553	6,5	48938	79,0	11848	20,4	272	0,6
8.	198325	24508	12,4	17418	71,1	6975	28,6	116	0,4
9.	173806	67304	38,8	46679	67,9	21067	31,6	568	0,8
10.	104847	20849	19,5	15240	74,9	4829	23,7	280	0,4
11.	174512	22044	12,6	12385	56,2	9659	43,8	?	—
[1618175]		343185	21,2	247301	72,1	98808	27,8	2031	0,6

* Nach der Arbeitslosenstatistik vom 1. März 1920.

Der Beitragserhöhung haben 247301 Mitglieder oder 72,1 v. H. zugestimmt, sie ist also mit weit mehr als der notwendigen Zweidrittelmehrheit angenommen. Das Stimmverhältnis in den einzelnen Bezirken ergibt, daß sich im ersten, sechsten und elften Bezirk eine Zweidrittelmehrheit für die Beitragserhöhung ergeben hat. Am größten ist die Mehrheit im vierten Bezirk, wo 81,6 v. H. der Abstimmenden für die Beitragserhöhung votierten, an zweiter und dritter Stelle folgt der siebente Bezirk mit 79,0 v. H. und der zweite Bezirk mit 78,1 v. H. für die Beitragserhöhung.

Ausschlaggebend für die Urabstimmung waren in allen Bezirken die großen Städte. Erreulich ist das Abstimmungsverhältnis vieler kleiner Orte, die zum Teil geschlossen, zum Teil mit wenigen Gegenstimmen für die Beitragserhöhung eintraten und damit zu dem für den Verband so wichtigen Beschluß beitrugen. Der Vorstand betrachtet es als selbstverständlich, daß, nachdem sich eine überwiegende Mehrheit der Mitglieder für die Beitragserhöhung entschieden hat, diese von der Gesamtmitgliedschaft anerkannt wird.

Der erhöhte Beitrag tritt mit der 18. Beitragswache in Kraft. Wir begrüßen das Abstimmungsergebnis im Interesse der Schlagkraft und Aktionsfähigkeit unserer Organisation, die dadurch in den Stand gesetzt ist, besser und wirksamer als bisher für die Interessen der Metallarbeiter tätig zu sein.

Wo keine Zahlen oder Bemerkungen in der Tabelle auf Seite 87 angegeben sind, ist bis zum Abschluß der Tabelle kein Bericht über die Urabstimmung an den Vorstand gelangt. Die Abstimmungsergebnisse der Orte, die nicht berichtet wurden, würden keine Änderung an dem Gesamtergebnis bringen. Es handelt sich in der Mehrzahl um kleine Mitgliedschaften, deren Votum keinen Einfluß auf die vorstehende große Zweidrittelmehrheit mehr ausübt. Außerdem kann angenommen werden, daß auch in den Orten, die nicht berichtet wurden, ein größerer Teil der Mitglieder für die Beitragserhöhung gestimmt hätte. Aus den Orten, wo infolge der politischen Wirren keine Urabstimmung stattfinden konnte, sind dem Vorstand durchweg Zustimmungserklärungen zugesandt worden.

Nach Abschluß der obigen Zusammenstellung sind dem Vorstand noch aus neun Verwaltungen Abstimmungsergebnisse zugegangen. In diesen Verwaltungen haben 2207 Mitglieder abgestimmt, davon 1620 mit ja und 543 mit nein. Die Gesamtsummen sind diese Summen zuzugählen, in der Tabelle auf Seite 87 sind die Ergebnisse der neun Orte enthalten.

In Nr. 11 der Metallarbeiter-Zeitung mußte sich der Vorstand in scharfer Weise gegen die Entschädigung eines Teiles einer Bevollmächtigtenkonferenz im vierten Bezirk wenden, in welcher dieser Teil, bei aller Anerkennung der Notwendigkeit der Erhöhung der Beiträge, die Urabstimmung ablehnte und die Mitglieder in ungünstigem Sinne beeinflussen wollte. Da der Vorstand in dieser Konferenz nicht vertreten war, berief er sofort eine neue Konferenz ein, die unter Leitung eines Vorstandsvorgängers noch einmal zur Urabstimmung Stellung nahm. Am Schluß der Aussprache gaben die an der früheren Entschädigung beteiligten Bevollmächtigten die Erklärung ab, daß nach ihrer Auffassung die Auslegung des Statuts durch den erweiterten Beirat und Vorstand zwar nicht richtig sei, daß sie aber in keiner Weise gegen die Beschlüsse des Vorstandes wirken, vielmehr mit aller Energie für diese eintreten würden. Sie ersuchten zugleich den Vorstand um Zurücknahme des Vorwurfs der verwerflichen Handlungsweise in seinem Artikel in Nr. 11 der Metallarbeiter-Zeitung. Dem kommen wir hiermit nach.

Der Vorstand.

verklümmert und sie in entscheidenden Augenblicken von jedem Einfluß ferngehalten. Man hat sich um ihre Arbeiten, Entwürfe und Beschlüsse gar nicht gekümmert.

Nach am 15. Juni 1919 forderte der mehrheitssozialistische Parteitag von der Fraktion die Durchführung der Sozialisierung, wo sie möglich ist, und wo sie nicht möglich ist, anstelle der reinen Privatwirtschaft eine zugunsten der Volksgemeinschaft planmäßig betriebene und gesellschaftlich kontrollierte Volkswirtschaft. In dieser Resolution des mehrheitssozialistischen Parteitages wird noch unterstrichen, daß die folgenreichen wirtschaftspolitischen Entschlüsse, zu denen die allgemeine Wirtschaftspolitik Deutschlands, der gebotene Abbau der bisherigen Kriegswirtschaft und die Durchführung eines etwaigen Friedensvertrages Anlaß geben werden, keinen Aufschub in der Durchführung der gemeinwirtschaftlichen Wirtschaftsorganisationen dulden. Das war am 14. Juni. Einen Monat darauf, am 15. Juli, mußte Bissell, der die Volkswirtschaft im Reichswirtschaftsministerium vertreten hat, seine Entlassung nehmen, weil, wie er erklärte, ihn seine Kollegen im Kabinett und in der Partei im Stich gelassen haben. Der an seine Stelle getretene Wirtschaftsminister Schmidt trat sofort gegen die Volkswirtschaft auf und begann eine Reihe gegen die Arbeiter wegen angeblicher Abneigung gegen intensive Arbeit. Sein positives Programm bestand in nichts anderem als in Handels- und Finanzmonopolen (Spiritus, Petroleum, Tabak und ähnliche Monopole).

In der Resolution des Reichswirtschaftsministeriums, die von Bissell und Rosendorff verfaßt worden ist, werden die Gründe für die Politik der Regierung auch auseinandergesetzt. Es ist das Koalitionsprinzip, das Zusammenarbeiten mit den bürgerlichen Elementen, das jede Unternehmung in dieser Richtung von vornherein aussichtslos macht. „Das liegt in der Schwere der Lage“, sagt die Resolution, „die einem Koalitionskabinett erwachsen, die darin begründet sind, daß man von solchen grundsätzlichen Auseinandersetzungen absteht, nur um den Zusammenhalt der Koalition nicht zu gefährden.“

Eine derartig zusammengehaltene Koalition muß jedoch über kurz oder lang versagen, indem sie sich als programm- und ideenlos erweist und dann plötzlich dem Ansturm irgendwelcher Kinderheit unterliegt. (Fortsetzung folgt.)

Abstimmung über die Beitragserhöhung

in den Tagen vom 19. bis 22. März 1920.

Bezirk und Verwaltung	Es stimmten			Bezirk und Verwaltung	Es stimmten			Bezirk und Verwaltung	Es stimmten			Bezirk und Verwaltung	Es stimmten			Bezirk und Verwaltung	Es stimmten						
	ja	nein	ungült.		ja	nein	ungült.		ja	nein	ungült.		ja	nein	ungült.		ja	nein	ungült.				
1. Bezirk																							
Altenstein	15	16	—	Kruppamühle	28	—	—	Neustadt	88	23	—	Schönebeck	912	285	8	Hamm	899	50	—	Gomburg	491	109	—
Alt-Karbe	—	—	—	Langenbielau	73	2	—	Nossen	199	28	1	Schöningen	194	32	—	Herford	178	38	—	Hornberg	85	12	1
Angerburg	28	14	—	Laurahütte	810	35	—	Neberan	86	5	—	Seehausen	105	82	1	Herspringhausen	21	1	—	Kaiserlautern	2299	209	9
Anklam	134	10	1	Liegnitz	555	114	2	Obernau	626	83	2	Seesen	—	—	—	Hohenlinburg	783	82	4	Karlsruhe	6615	8268	119
Arnswalde	55	24	—	Malapane	167	64	—	Djah	74	12	—	Sonderhausen	—	—	—	Hörbe	1574	104	4	Kehl	157	1	—
Barth	68	17	1	Malmin	383	191	—	Benig	246	10	—	Stadtilm	19	—	—	Sterlich	680	52	—	Konstanz	142	25	—
Belgard	—	—	—	Münsterberg	16	18	—	Blauen	656	195	12	Stadtlengsfeld	11	19	—	Rahn	1898	1494	19	Lahr	70	14	—
Bergen	37	1	—	Neurode	152	16	4	Radeberg	565	103	1	Stahfurt	—	—	—	Krefeld	542	230	8	Lambrecht	82	25	—
Bischofsburg	6	19	1	Neusalza	110	16	—	Reichenbach	—	—	—	Stendal	882	168	7	Sippstadt	—	—	—	Leutkirch	42	2	—
Boizenburg	48	73	1	Nikolai	19	19	—	Riesa	796	200	8	Suhl	—	—	—	Südlich	654	367	4	Leutkirch	42	2	—
Cümin	—	—	—	Niesitz	184	1	—	Rochlitz	68	12	—	Tangermünde	—	—	—	Südlich	654	367	4	Leutkirch	42	2	—
Czerst	—	—	—	Stimpfisch	19	7	—	Rohde	358	24	—	Thale	828	141	10	Weschede	44	8	—	Leutkirch	42	2	—
Danzig	416	800	—	Delitzsch	70	6	—	Schneeberg	268	128	—	Triptis	22	7	—	Wietmann	911	17	—	Leutkirch	42	2	—
Demmin	38	12	1	Döhlau	84	1	—	Schmöln	218	33	2	Winden	442	121	—	Wilmshausen	108	67	1	Leutkirch	42	2	—
Dirschau	—	—	—	Doppeln	91	21	—	Stolpen	63	4	—	Mülheim	—	—	—	Willingen	108	67	1	Leutkirch	42	2	—
Dömitz	76	5	4	Falkenberg	74	5	—	Werbau	585	125	3	München-Grabb.	674	74	7	Wittenberg	108	67	1	Leutkirch	42	2	—
Dramburg	—	—	—	Falkenberg	91	5	—	Werben	586	274	4	Münster	—	—	—	Wittenberg	108	67	1	Leutkirch	42	2	—
Drielen	61	25	—	Falkenberg	44	4	—	Witzsch	353	63	4	Neheim	260	46	—	Wittenberg	108	67	1	Leutkirch	42	2	—
Elding	1282	480	16	Falkenberg	119	10	—	Zwickau	3197	860	22	Neheim	260	46	—	Wittenberg	108	67	1	Leutkirch	42	2	—
Egglau, Deutsch.	—	—	—	Falkenberg	—	—	—	—	—	—	—	Neheim	260	46	—	Wittenberg	108	67	1	Leutkirch	42	2	—
Egglau, Preuß.	19	17	—	Falkenberg	—	—	—	—	—	—	—	Neheim	260	46	—	Wittenberg	108	67	1	Leutkirch	42	2	—
Falkenberg	88	12	—	Falkenberg	—	—	—	—	—	—	—	Neheim	260	46	—	Wittenberg	108	67	1	Leutkirch	42	2	—
Ferdinandshof	49	10	—	Falkenberg	—	—	—	—	—	—	—	Neheim	260	46	—	Wittenberg	108	67	1	Leutkirch	42	2	—
Fladow	—	—	—	Falkenberg	—	—	—	—	—	—	—	Neheim	260	46	—	Wittenberg	108	67	1	Leutkirch	42	2	—
Friedland	58	14	—	Falkenberg	—	—	—	—	—	—	—	Neheim	260	46	—	Wittenberg	108	67	1	Leutkirch	42	2	—
Früstenberg	20	—	—	Falkenberg	—	—	—	—	—	—	—	Neheim	260	46	—	Wittenberg	108	67	1	Leutkirch	42	2	—
Goldberg	16	8	—	Falkenberg	—	—	—	—	—	—	—	Neheim	260	46	—	Wittenberg	108	67	1	Leutkirch	42	2	—
Grauberg	—	—	—	Falkenberg	—	—	—	—	—	—	—	Neheim	260	46	—	Wittenberg	108	67	1	Leutkirch	42	2	—
Greifswald	26	27	—	Falkenberg	—	—	—	—	—	—	—	Neheim	260	46	—	Wittenberg	108	67	1	Leutkirch	42	2	—
Grimmen	37	18	—	Falkenberg	—	—	—	—	—	—	—	Neheim	260	46	—	Wittenberg	108	67	1	Leutkirch	42	2	—
Gumbinnen	—	—	—	Falkenberg	—	—	—	—	—	—	—	Neheim	260	46	—	Wittenberg	108	67	1	Leutkirch	42	2	—
Gützkow	79	28	1	Falkenberg	—	—	—	—	—	—	—	Neheim	260	46	—	Wittenberg	108	67	1	Leutkirch	42	2	—
Gutstadt	8	26	—	Falkenberg	—	—	—	—	—	—	—	Neheim	260	46	—	Wittenberg	108	67	1	Leutkirch	42	2	—
Hammerstein	81	1	—	Falkenberg	—	—	—	—	—	—	—	Neheim	260	46	—	Wittenberg	108	67	1	Leutkirch	42	2	—
Heiligenbeil	9	50	—	Falkenberg	—	—	—	—	—	—	—	Neheim	260	46	—	Wittenberg	108	67	1	Leutkirch	42	2	—
Harmen	6	92	—	Falkenberg	—	—	—	—	—	—	—	Neheim	260	46	—	Wittenberg	108	67	1	Leutkirch	42	2	—
Insterburg	51	25	2	Falkenberg	—	—	—	—	—	—	—	Neheim	260	46	—	Wittenberg	108	67	1	Leutkirch	42	2	—
Kammin	—	—	—	Falkenberg	—	—	—	—	—	—	—	Neheim	260	46	—	Wittenberg	108	67	1	Leutkirch	42	2	—
Kolberg	48	18	—	Falkenberg	—	—	—	—	—	—	—	Neheim	260	46	—	Wittenberg	108	67	1	Leutkirch	42	2	—
Königsberg	589	147	—	Falkenberg	—	—	—	—	—	—	—	Neheim	260	46	—	Wittenberg	108	67	1	Leutkirch	42	2	—
Königsberg	—	—	—	Falkenberg	—	—	—	—	—	—	—	Neheim	260	46	—	Wittenberg	108	67	1	Leutkirch	42	2	—
Königsberg	—	—	—	Falkenberg	—	—	—	—	—	—	—	Neheim	260	46	—	Wittenberg	108	67	1	Leutkirch	42	2	—
Königsberg	—	—	—	Falkenberg	—	—	—	—	—	—	—	Neheim	260	46	—	Wittenberg	108	67	1	Leutkirch	42	2	—
Königsberg	—	—	—	Falkenberg	—	—	—	—	—	—	—	Neheim	260	46	—	Wittenberg	108	67	1	Leutkirch	42	2	—
Königsberg	—	—	—	Falkenberg	—	—	—	—	—	—	—	Neheim	260	46	—	Wittenberg	108	67	1	Leutkirch	42	2	—
Königsberg	—	—	—	Falkenberg	—	—	—	—	—	—	—	Neheim	260	46	—	Wittenberg	108	67	1	Leutkirch	42	2	—
Königsberg	—	—	—	Falkenberg	—	—	—	—	—	—	—	Neheim	260	46	—	Wittenberg	108	67	1	Leutkirch	42	2	—
Königsberg	—	—	—	Falkenberg	—	—	—	—	—	—	—	Neheim	260	46	—	Wittenberg	108	67	1	Leutkirch	42	2	—
Königsberg	—	—	—	Falkenberg	—	—	—	—	—	—	—	Neheim	260	46	—	Wittenberg	108	67	1	Leutkirch	42	2	—
Königsberg	—	—	—	Falkenberg	—	—	—	—	—	—	—	Neheim	260	46	—	Wittenberg	108	67	1	Leutkirch	42	2	—
Königsberg	—	—	—	Falkenberg	—	—	—	—	—	—	—	Neheim	260	46	—	Wittenberg	108	67	1	Leutkirch	42	2	—
Königsberg	—	—	—	Falkenberg	—	—	—	—	—	—	—	Neheim	260	46	—	Wittenberg	108	67	1	Leutkirch	42	2	—
Königsberg	—	—	—	Falkenberg	—	—	—	—	—	—	—	Neheim	260	46	—	Wittenberg	108	67	1	Leutkirch	42	2	—
Königsberg	—	—	—	Falkenberg	—	—	—	—	—	—	—	Neheim	260	46	—	Wittenberg	108	67	1	Leutkirch	42	2	—
Königsberg	—	—	—	Falkenberg	—	—	—	—	—	—	—	Neheim	260	46	—	Wittenberg	108	67	1	Leutkirch	42	2	—
Königsberg	—	—	—	Falkenberg	—	—	—	—	—	—	—	Neheim	260	46	—	Wittenberg	108	67	1	Leutkirch	42	2	—
Königsberg	—	—	—	Falkenberg	—	—	—	—	—	—	—	Neheim	260	46	—	Wittenberg	108	67	1	Leutkirch	42	2	—
Königsberg	—	—	—	Falkenberg	—	—	—	—	—	—	—	Neheim	260	46	—	Wittenberg	108	67	1	Leutkirch	42	2	—
Königsberg	—	—	—	Falkenberg	—	—	—	—	—	—	—	Neheim	260	46	—	Wittenberg	108	67	1	Leutkirch	42	2	—
Königsberg	—	—	—	Falkenberg	—	—	—	—	—	—	—	Neheim	260	46	—	Wittenberg	108	67	1	Leutkirch	42	2	—
Königsberg	—	—	—	Falkenberg	—	—	—	—	—	—	—	Neheim	260	46	—	Wittenberg	108	67	1	Leutkirch	42	2	—
Königsberg	—	—	—	Falkenberg	—	—	—	—	—	—	—	Neheim	260	46	—	Wittenberg	108	67	1	Leutkirch	42	2	—
Königsberg	—	—	—	Falkenberg	—	—	—	—	—	—	—	Neheim	260	46	—	Wittenberg	108	67	1	Leutkirch	42	2	—
Königsberg	—	—	—	Falkenberg	—	—	—	—	—	—	—	Neheim	260	46	—	Wittenberg	108	67	1	Leutkirch	42	2	—
Königsberg	—	—	—	Falkenberg	—	—	—	—	—	—	—	Neheim	260	46	—	Wittenberg	108	67	1	Leutkirch	42	2	—
Königsberg	—	—	—	Falkenberg	—	—	—	—	—	—	—	Neheim	260	46	—	Wittenberg	108	67	1	Leutkirch	42	2	—
Königsberg	—	—	—	Falkenberg	—	—	—	—	—	—	—	Neheim	260	46	—	Wittenberg	108	67	1	Leutkirch	42	2	—
Königsberg	—	—	—	Falkenberg	—	—	—	—	—	—	—	Neheim	2										

Das Krankentafelgeld

Unter dieser Überschrift veröffentlicht Kollege Voem in der Nr. 10 vom 6. März einen Artikel, welcher sich mit dem jammervollen Zustande im heutigen Krankentafelwesen beschäftigt...

In der Sitzung des Reichsrates vom 30. März wurde der Entwurf einer Verordnung über die Erhöhung des Grundlohnes sowie die Ausdehnung der Versicherungspflicht in der Krankenversicherung angenommen...

Deutscher Werkmeisterverband, Düsseldorf

In Nr. 9 unserer Zeitung wurde im Artikel 'Aus der christlichen Arbeiterbewegung' zu der Gründung des unter christlicher Führung stehenden Deutschen Gewerkschaftsbundes Erwähnung gemacht...

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Mit Sonntag den 18. April ist der 17. Wochenbeitrag für die Zeit vom 18. bis 24. April 1920 fällig.

Wie an anderer Stelle dieser Nummer ersichtlich ist, wurde die Vorlage des Vorstandes und erweiterten Beirats betr. Erhöhung der Beiträge in der Urabstimmung angenommen...

- 1. Klasse 2,20 M
2. " 1,80 "
3. " 0,50 "

Als Bezirksleiter für den neu gebildeten Bezirk Dörpenen ist auf Vorschlag der Bezirkskommission Kollege Paul Köhler (Elbing) vom Vorstand bestimmt worden...

Bei Bekämpfung von Erbschleichern ist der Betrag von 1 M. bei Erbschleichersanktionen von 50 Pf. pro Etad mit einzufordern.

Bewirtschaftlicher, welche Erbschleichersanktionen zur Selbstbestrafung an Stelle wählen, haben für die bestellte Anzahl ebenfalls den Betrag von 50 Pf. pro Etad mit der Befehls einzufordern...

Als geschloffen wird nach § 23 des Statuts: Auf Antrag der Verwaltungstelle Nürnberg: Der Eisenarbeiter Johann Herrmann, geb. am 24. Dez. 1882 zu Schwandau, Bayr. Nr. 2.22249, wegen Schädigung der Betriebsmittel.

Aufforderung zur Rechtfertigung: Die nachfolgend genannten Mitglieder werden nach § 23 Abs. 3 des Statuts aufgefordert, sich gegen erhobene Beschuldigungen zu rechtfertigen.

Auf Antrag der Verwaltungstelle Nürnberg a. d. Ruhr: Der Metallarbeiter Wilhelm Penzer, geb. am 13. Nov. 1888 zu 2. Bayr. Nr. 2.85484, wegen Unterschlagung von Verbandsgeldern.

Der Arbeiter Karl F. Nöhler, geb. am 21. Juli 1888 zu 2. Mittl. Answ. Nr. 157206, wegen Unterschlagung von Verbandsgeldern.

Der Arbeiter Walter Rannich, geb. am 1. Juli 1895 zu Kreisdorf, Mittl. Answ. Nr. 136747, wegen Unterschlagung von Verbandsgeldern.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 7 des Verbandsstatuts folgenden Verwaltungen in der angegebenen Höhe genehmigt:

Table with columns: Verwaltung, Für die Mitglieder der Beitragsklasse (I, II, III wöchentlich), Beginn der Beitragserhöhung. Lists various regions like Altona, Altona, Altona, etc.

Berechtigung von Nr. 12. Für Beiträge 10 Pfennig. Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Zur Beachtung! + Zugug ist fernzuhalten:

- von Drahtziehern nach Wesel (Krieg & Tigler) D.; von Elektromotoren nach Fulda B.; nach München und Südbayern; nach allen Orten Brixenbergs; von Formern und Sickerarbeitern nach Burg bei Magdeburg...

Arbeitsjüngere Mitglieder sind verpflichtet, auch wenn der betreffende Ort nicht in der Zeitung verzeichnet ist, Erhaltung bei der zuständigen Ortsverwaltung oder, wo eine solche nicht besteht, beim Verband einzuholen.

Berichte

Metallarbeiter.

Lautauwert. Allen Kollegen, welche auf dem Lautauwert waren, zur Kenntnis, dass die Tarifverhandlungen jetzt in sich abgeschlossen sind. Es bekommen: Ungelernte Arbeiter: 1,90 M. wügend bis 2,45 M.; in der Produktion beschäftigte weibliche Arbeiter: 1,90 M. bis 1,45 M.; Maschinisten und Heizer: 2,55 M. bis 2,60 M. (Metallarbeiter); 2,55 M. bis 2,80 M. (unter 20 Jahren 80% dieser Höhe); angelernte Handwerker (Metallarbeiter): 2,45 M. bis 2,55 M. (unter 20 Jahren 80% der obigen Höhe).

ebenfalls der Zuschlag für die verheirateten Arbeiter, die einen doppelten Haushalt führen. Die Schmutzulage nach § 7 des Reichsstatuten-Tarifes ebenfalls. Die jetzt bestehenden Löhne betragen: Ungelernte Arbeiter 2,91 M. steigend bis 3,35 M.; gelernte Handwerker, Metallarbeiter, Heizer, Maschinisten: von 2,74 M. bis 3,60 M.; Hilfspersonal der Maschinen und Heizer: 2,58 M. bis 3,40 M.; weibliche Arbeiter, in der Produktion beschäftigt: 1,15 M. bis 2,15 M.; weibliche Arbeiter, nicht in der Produktion beschäftigt: 1,05 M. bis 2,05 M.; ungelernete Arbeiter: 1,30 M. bis 3,25 M. Alle Kollegen, welche nach dem 15. März bei den Vereinigten Aluminiumwerken, Lautauwert, aus ihrem Arbeitsverhältnis ausgeschieden sind, werden ersucht, zwecks Nachzahlung ihres Lohnes ihre Forderungen direkt bei den W. A. W. geltend zu machen...

Rundschau

Meldung von Arbeitswilligen für die Wiederaufbauarbeiten in den zerstörten Gebieten Nordfrankreichs. Wie das Reichswanderungsamt mitteilt, sind Anfragen und Meldungen von Arbeitswilligen zu den Wiederaufbauarbeiten in den zerstörten Gebieten Nordfrankreichs an den Reichskommissar zur Ausführung von Aufbaubarbeiten in den zerstörten Gebieten, Berlin SW. 11, Königgräber Straße 30, weiterzuleiten.

Der Achtstundentag.

Der Siegeszug des achtstündigen Arbeitstages hat bereits eine ziemlich Ausdehnung genommen. Nach uns vorliegenden Berichten besteht der gesetzliche Achtstundentag seit 11. November 1917 in Russland, in Finnland seit 27. November 1917, in Deutschland seit 23. November 1918, in Österreich seit 19. Dezember 1918, im tschecho-slowakischen Staat seit 19. Dezember 1918, im jugoslawischen Staat seit 8. Januar 1919. In Schweden wurde am 4. März 1919 bekanntgegeben, dass der Achtstundentag am 1. Juni 1920 in Kraft treten soll. In Holland besteht für die Metallindustrie die 48-Stundenwoche. In Norwegen und Frankreich sind die Gesetzesvorlagen durch die Kammer und den Senat angenommen. In Dänemark hatte das Ministerium am 22. November 1918 den Achtstundentag vorgelegt. In Italien herrscht eine starke Bewegung für den Achtstundentag vor, der in wichtigen Gewerbezweigen der Schwerindustrie bereits verwirklicht ist. In Großbritannien ist der Achtstundentag zum großen Teil schon durchgeführt; die Bergarbeiter haben diesen gesetzlich seit 1908 und verlangen eine weitere Verkürzung. In britischen Eisen- und Stahlwerken ist der Achtstundentag seit 1906 zum großen Teil eingeführt. Den Eisenbahnern ist am 1. Februar d. J. der Achtstundentag bewilligt worden. Am 27. Februar 1919 fand eine von der englischen Regierung einberufene Landeskonferenz statt, die die wichtigsten Staaten haben zunächst die Vergleiche und die Eisenbahner, auch die Arbeiter der Eisen- und Stahlwerke den Achtstundentag erreicht. In den Einzelstaaten Kalifornien, Colorado, District of Columbia, Nevada und Washington besteht der Achtstundentag für Frauen. In Mexiko und Uruguay wurde er 1917 eingeführt. In Australien und Neuseeland besteht die täglich achtstündige Arbeitszeit seit langem.

Eingegangene Schriften

Leitfaden für Acetylen-Schweißer. Von Thea. Kautny, Ingenieur, Düsseldorf-Gräfenberg. Vierte, verbesserte Auflage. Preis 4 M. Karl Marhold, Verlagsbuchhandlung in Halle a. S. Das autogene Schweißen und Schneiden mit Sauerstoff. Von Felix Ragerer. Handbuch zum Studium, zur Einrichtung und zum Betriebe von Sauerstoff-Metallbearbeitungsanlagen. Zweite, verbesserte und wesentlich erweiterte Auflage. Preis 5,50 M. Verlagsabteilung der Waldheim-Gesellschaft, Wien VII, Seidengasse 3-9.

Verbands-Anzeigen

Bekanntmachungen. Schrift 'Bewerbung' an Ludwig Bender, Seifergasse 1. Neu-Ruppin. Als erster Geschäftsführer wurde Kollege Wilhelm Sander (Dresden) gewählt. Allen übrigen Bewerbern besten Dank. Kolowaschewski-Dam. Geschäftsführer zum 1. Mai. Reflektiert wird nur auf eine tüchtige Kraft. Rednerisch u. agitatorisch befähigt. 5jähr. Verbandzugehörigkeit. Bewerbungen unter Angabe der bisherigen Tätigkeit in der Arbeiterbewegung bis 20. April mit der Aufschrift 'Bewerbung' an Willi Lampe, Altona 53. Saarlouis. 3 Geschäftsführer für sofort gesucht. Organisatorisch u. agitatorisch befähigt. Rednerisch gewandt, in Parteien und dem Verkehr mit Unternehmern vertraut. Reflektiert wird auf erste Stelle. Gehalt nach d. Stuttgarter Generalverammlungsbeschlüssen, Etate 3 mit örtlichen Anlagen. Angebote unter Angabe der bisherigen Tätigkeit in der Arbeiterbewegung bis 25. April mit der Aufschrift 'Bewerbung' an Heinrich Wilhelm, Saarbrücken 3, Säckelstr. 5, 1. Angestellte gesucht. Guben R.-L. Geschäftsführer zum 1. Mai für Verwaltung und Agitation, mit Verwaltungs- und Kassengeschäften durchaus vertraut. Bewerber müssen agitatorisch und rednerisch gewandt sein und auf dem Boden des Klassenkampfes stehen. Gehalt nach d. Beschlüssen des Stuttgarter Verbandstages mit örtlicher Leistungszulage. Angabe über Alter, Beruf, Familienstand u. bisheriger Tätigkeit in d. Arbeiterbewegung bis spätestens 20. April mit der Aufschrift 'Bewerbung' an Otto Thiele, Traiskirch 21, 3. Göttingen. Beamter gesucht für Agitation und Verwaltung. Reflektiert wird nur auf 1. Kraft. Kenntnisse in der chemischen Industrie erwünscht. Bewerbungen müssen enthalten: Angaben über die bisherige gewerkschaftliche und politische Tätigkeit innerhalb der Arbeiterbewegung, ferner über Alter, Beruf und Familienstand. Voraussetzung 5jähr. Verbandzugehörigkeit. Gehalt nach den Beschlüssen der Stuttgarter Generalversammlung. Bewerbung bis zum 15. Mai mit der Aufschrift 'Bewerbung' an Willi Lampe, Altona 53.

Sonstige Anzeigen

Metallbrüder, auf Aluminiumlochgeschirre geübt, bei hohem Meißel, und dauernder Beschäftigung gesucht. Anton Gillinghaus, Beckum i. Westf. Werkzeugflößer, im Schnitt und Stanzenbau bewandert, gesucht. F. Kidel & Comp., Rassel. Aluminiumwarenfabrik. Druck und Verlag von Alexander Schlicke & Co., Buchdruckerei und Verlag, Stuttgart, Rößlestraße 16 B.